

18. Oktober. Bei den Gemeinderatswahlen behaupten die Liberalen und Merikalen im allgemeinen ihre Mandate, die Sozialdemokraten verlieren mehrere Sitze in den Industriezentren.

21. Dezember. Der Senat genehmigt haß von der Kammer beschlossene Arbeiterunfallgesetz.

XI. Niederlande.

7. Januar. Äußerung der Regierung über die Brüsseler Zuckerkonvention.

In schriftlicher Beantwortung mehrerer Bemerkungen der ersten Kammer zur Brüsseler Zuckerkonvention erklärt die Regierung, die Differenzpunkte seien für die Niederlande nicht bedeutsam genug, um den ersten Schritt zur Vertagung des Inkrafttretens der Konvention zu tun. Der Streitpunkt bezüglich der mit Selbstverwaltung ausgestatteten englischen Kolonien könne nicht vor der Ratifikation der Beschlüsse der Brüsseler Konferenz geregelt werden. Die niederländische Regierung sei im Einverständnis mit der deutschen und der österreichischen Regierung und mit einigen Mitgliedern des englischen Parlaments der Ansicht, daß England sich nicht der Verpflichtung entziehen könne, von seinen prämienden Kolonien einen Ausgleichszoll zu erheben; aber daß Interesse der Niederlande sei hierbei so gering, daß diese nicht die Initiative ergreifen könnten, um vielleicht im letzten Augenblick die unter so großen Schwierigkeiten zustande gekommene Konvention zum Scheitern zu bringen. Die Absicht der Regierung, eine gesetzliche Möglichkeit zur Einführung einer Zuschlagsteuer je nach den Umständen zu fordern, schließt durchaus nicht die Absicht zu einer direkten Einführung einer solchen Zuschlagsteuer in sich. Die Regierung wolle nur eine Waffe haben, um gegebenenfalls der Industrie helfen zu können! — Am 9. Januar genehmigt die Erste Kammer die Konvention einstimmig.

Ende Januar. Eisenbahnerstreik.

Die organisierten Amsterdamer Postarbeiter weigern sich Güter, die von nichtorganisierten Arbeitern geladet worden sind, zu befördern, die Eisenbahnarbeiter schließen sich dem Ausstand an. Der Wintertransport wird vom 29. Januar bis 1. Februar eingestellt, auch in Rotterdam treten die Eisenbahner in Ausstand. Die Arbeiter bringen mit ihren Forderungen durch. Am 1. Februar ist der Streik beendet.

24./26. Februar. (Zweite Kammer.) Auslandsvorlagen.

Premierminister Ruypers bringt drei mit dem letzten Ausstand der Eisenbahn-Angestellten im Zusammenhang stehende Gesetzentwürfe ein und betont dabei die Notwendigkeit, einem unermühtigen Angriffe auf die Befehlshaber, der die Wohlfahrt des Volkes dem Verlangen einer gewissen Klasse nach Einfluß und der politischen Tyrannei opfern würde, Wider-